

# Hohe Hürden und großer Aufwand

Volksbegehren „Mehr Demokratie beim Wählen“ appelliert an Fairness der Innenbehörde / Unterschriftensammler gesucht

Von Ralf Sussek

**BREMEN** ■ „Wir werden großen Aufwand betreiben müssen“, ist sich Hiltrud Lübben-Hollmann vom Bremer Forum für Wohn- und Lebensqualität sicher – nur ab wann, das weiß noch kein Mensch.

Am 27. Juni hat zwar der Bremer Senat das Volksbegehren „Mehr Demokratie beim Wählen – Mehr Einfluss für Bürgerinnen und Bürger“ zugelassen. Aber erst nach der Veröffentlichung im Amtsblatt darf die Unterschriftensammlung starten. Und wann diese Veröffentlichung samt Gesetzentwurf erfolgt, ist noch völlig offen. „Spätestens nächste Woche“ zeigt sich der Sprecher des Vereins Mehr Demokratie, Paul Tiefenbach, zuversichtlich.

Innerhalb von drei Monaten müssen exakt 48 175 Wahlberechtigte aus Bremen und Bremerhaven – das sind zehn Prozent der Wahlberechtigten der vergangenen Bürgerschaftswahl – unterschreiben, damit in einem Volksentscheid über ein neues Wahlrecht abgestimmt werden kann. Die Hürde für Volksbegehren in Bremen ist im Vergleich zu anderen Bundesländern hoch. „So verwundert es kaum, dass es in Bremen noch kein einziges erfolgreiches Volksbegehren gab. Wir werden al-



Die ersten Plakate vor dem Aufstellen – mit Hiltrud Lübben-Hollmann (r.), Pressesprecherin Katrin Schofeld (3.v.r.) und Paul Tiefenbach (2.v.l.). Foto: Sussek

les zu tun, dass es diesmal klappt“, so Tiefenbach.

Ziel des Volksbegehrens ist eine Änderung des Bremer Wahlrechts. Bisher können Wähler mit einer Stimme nur eine Partei ankreuzen. Nach der Reform hätten sie fünf Stimmen; diese könnten sie auf verschiedene Kandidaten splitten oder auch auf einen kumulieren.

Das weitere Prozedere: Bei einem erfolgreichen Volksbe-

gehren hätte die Bürgerschaft zwei Monate Zeit, den Gesetzentwurf zu verabschieden. Tut sie dies nicht, kommt es zum Volksbegehren, bei der die Wahlberechtigten (zum Beispiel bei der kommenden Bürgerschaftswahl im Mai 2007) über den Gesetzentwurf entscheiden könnten. Erst 2011 würde das neue Wahlrecht greifen.

Bis dahin liegt noch viel Arbeit vor den Verantwortli-

chen – mit 800 Plakaten in Bremen und Bremerhaven, Flugblättern und der Unterschriftensammlung. Auch der Finanzbedarf ist noch nicht vollständig abgesichert. 69 000 Euro werden gebraucht. Doch das bremst den Elan nicht. „Aus den Sammeltagen, den Sammelständen muss eine Sammelbewegung, eine Volksbewegung werden“, hofft Hiltrud Lübben-Hollmann.

Verwundert zeigt sich Paul Tiefenbach über die Prüfung der Unterschriftenlisten für das Volksbegehren. So soll die deutliche Angabe der Rücksendeadresse und des -datums auf den Unterschriftenlisten nicht mehr zulässig sein, Rechtschreibfehler des Zulassungsantrags müssen übernommen werden. „Wir appellieren an die Innenbehörde und Bürgermeister Röwekamp, sich fair zu verhal-

ten und die Sammlung der Unterschriften nicht unnötig zu erschweren“, sagt Tiefenbach.

Gesucht werden neben Spender noch Unterschriftensammler. Interessierte wenden sich an das Bremer Büro im Lagerhaus, Schildstr. 12–19, Telefon 0421/7946370 oder [tim.weber@mehr-demokratie.de](mailto:tim.weber@mehr-demokratie.de).

**WWW.**  
[neues-wahlrecht.de](http://neues-wahlrecht.de)